

- ➔ Erfolgreiche und funktionierende Wohnraumförderung setzt auf Zusammenarbeit und nicht auf gesetzlichen Zwang. In den bestehenden Gesetzen sind genügend Anreize und Angebote für die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum vorhanden.
- ➔ Seit Jahren wächst die Bevölkerung und die Zahl der Unternehmen im Kanton Zug. Der Wohnungsbestand ist in den letzten zehn Jahren von 46'700 auf 55'000 Wohnungen entsprechend stark angestiegen. Dank den überdurchschnittlich hohen Investitionen vergrösserte sich das Angebot um jährlich rund 800 Wohnungen. Der Kanton Zug ist attraktiv und das soll so bleiben.
- ➔ Aufgrund der Steuererklärungen 2013 und der dort vorgenommenen Mietzinsabzüge sind mindestens 27 Prozent aller Wohnungen im Kanton Zug preisgünstig. Dies entspricht über 14'000 Wohnungen.
- ➔ Bei Anwendung der Kostenmiete müssten in den nächsten 20 Jahren über 11'000 Wohnungen, oder jährlich 550 Wohnungen, zwangsweise danach vermietet werden. Investoren würden weniger in den Wohnungsbau investieren. Die staatliche Regulierung würde so die Wohnraumsituation zusätzlich verschärfen.
- ➔ Zur Umsetzung der Initiative müsste die staatliche Kontrolle massiv ausgebaut werden. Allein für den administrativen Aufwand zur Überwachung der Mietzinse müssten zusätzliche Beamte eingestellt werden. Die Kosten für diesen bürokratischen Apparat müssten wir alle tragen.

Nein zur Überregulierung mit fatalen Folgen



Nein zum Wolf im Schafspelz

Die Junge Alternative Zug und die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten von Zug wollen mit einer Gesetzesinitiative erreichen, dass sich der Staat dominant in den freien Markt einmischt. Der Titel des Begehrens, über das die Zuger Bevölkerung am 21. Mai 2017 abstimmt, ist **verführerisch und gefährlich**. Wer sagt schon zu bezahlbarem Wohnraum Nein?

Natürlich wollen wir alle eine möglichst grosse Wohnung zu einem möglichst günstigen Preis. Aber wenn der Staat das machen muss, werden wir alle ganz gewiss enttäuscht werden. **Staats- oder Planwirtschaft hat noch nie funktioniert.**

Die **Initiative ist** auch **unklar**. Sie fordert, dass der Kanton und die Gemeinden dafür zu sorgen haben, dass bis in 20 Jahren 20 Prozent des Wohnungsbestandes nach Grundsätzen des preisgünstigen Wohnungsbaus oder der Kostenmiete vermietet wird. **Was jetzt?** Es braucht dafür kein neues Gesetz, weil das Begehren bereits erfüllt ist.

Die Forderung nach einem fixen Satz von 20 Prozent des Wohnungsbestandes macht alles nur noch schlimmer. Weil damit auch die bestehenden Wohnungen betroffen sind, müsste jede 2. Wohnung künftig nach einem der oben genannten Prinzipien gebaut werden.

Damit sich der Bau von neuem Wohnraum noch rechnet, würden neben den obligatorischen Sozialwohnungen fast nur noch Luxuswohnungen entstehen. Der **Mittelstand und die meisten Wohnungssuchenden gingen leer aus**.

Sämtliche Gemeinden des Kantons lehnen diese Gesetzesinitiative ab. Die Kantonsrätinnen und Kantonsräte haben mit 53 gegen 17 Stimmen Nein zu diesem wirtschaftsfeindlichen und realitätsfremden Begehren gesagt. Lassen auch Sie sich nicht blenden und **sagen Sie NEIN** zu diesem Wolf im Schafspelz!

Nein zu diesen Kernfragen

- ➔ Soll der Staat unsere Mieten bestimmen?
- ➔ Soll die Planwirtschaft gefördert werden?
- ➔ Soll der Staatsapparat aufgebläht werden?
- ➔ Soll eine Zweiklassengesellschaft angestrebt werden?
- ➔ Soll der Wohnungsmarkt kaputt reguliert werden?
- ➔ Soll der Kanton die Gemeinden stärker bevormunden?
- ➔ Soll der Staat bestimmen, wer wo zu wohnen hat?
- ➔ Soll die Bauwirtschaft gelähmt werden?
- ➔ Soll der Mittelstand vernachlässigt werden?

Wohnraum-
Initiative **Nein**